Handelsblatt

Handelsblatt print: Nr. 180 vom 17.09.2021 Seite 044 / Wochenende

GEFAHR BEI ANGEBLICH NACHHALTIGEN INVESTMENTS

Im grün-grauen Sumpf

Windige Geschäftemacher versprechen Traumrenditen mit Solar-Beteiligungen oder Biogas-Darlehen. Sie spielen mit dem Öko-Gewissen der Anleger - und deren Gier.

F. Holtermann, S. Iwersen, L.-M. Nagel, M. Verfürden

Er ist wieder da. Sein weißer Zopf schwingt auf Hüfthöhe, seine Füße stecken sockenlos in Sandalen. Carsten Rodbertus steht vor einem Backsteinbau in Calvörde und predigt die Segnungen der Energiewende. "Um ganz Deutschland zu versorgen, brauche ich 400.000 Hektar in Solarfreiflächen", sagt er und blickt ins Publikum.

Rodbertus war einmal ein Star der Öko-Branche. 1995 gründete er die Firma Prokon, sammelte für den Bau von Windkraftanlagen von 75.000 Anlegern 1,4 Milliarden Euro ein. 2014 brach Prokon zusammen. Die Staatsanwaltschaft begann Ermittlungen, Rodbertus überwarf sich mit dem Insolvenzverwalter, nach Schadensersatzklagen geprellter Anleger kündigte er seine Privatinsolvenz an.

Nun steht er hier in Sachsen-Anhalt. Die Calvörder sitzen auf Bierbänken und Campingstühlen, die sie an diesem warmen Abend vor ihr Gemeindezentrum im Ortsteil Klüden getragen haben. Rodbertus wirbt um Unterstützung für ein Projekt, das ihre Heimat radikal verändern würde. Ihre Äcker sollen zu Solarparks werden. Das sei die Zukunft, sagt Rodbertus. Statt für Prokon spricht er nun für die Firma Somikon.

Die Rückkehr des Carsten Rodbertus ist ein Zeichen der Zeit. Der grüne Boom entfaltet sich mit einer Kraft, die bis vor wenigen Jahren unvorstellbar war. Galten erneuerbare Energien bei der Gründung von Prokon noch als Steckenpferd für Alt-68er und Atomkraftgegner, ist die Ökowende heute kein Wunschdenken mehr. Sie ist Programm. "Klimaschutz mit Turbo" verspricht CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet. Er will den Anteil der erneuerbaren Energien am deutschen Stromverbrauch "so schnell wie möglich auf 100 Prozent bringen". SPD-Chef Olaf Scholz schwört, "alles dafür zu tun, den Klimawandel aufzuhalten". Seine Partei mahnt, es gebe "kein Zuviel an erneuerbaren Energien".

Geld dafür gibt es plötzlich im Überfluss. Die EU-Kommission will über ihren "Green Deal" bis 2030 mindestens eine Billion Euro in ökologische Projekte investieren. Die Grünen fordern in ihrem Wahlprogramm eine "Vorreiterrolle von öffentlich-rechtlichen Banken und Pensionsfonds bei der grünen Finanzwende". Die SPD will private Kapitalflüsse in den "Aufund Ausbau nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen" lenken. Die CDU möchte Deutschland "zum führenden Finanzstandort insbesondere für nachhaltige Produkte" machen.

Wo so viel Geld lockt, sind Geschäftemacher, Glücksritter und zuweilen auch Kriminelle nicht weit. Solar- und Biomasseanlagen, Gezeitenkraftwerke, Teakholz- oder Kiribaum-Plantagen: Kaum eine ökologisch anmutende Idee, die sich nicht als grünes Zukunftsinvestment vermarkten ließe. Grüne Scharlatane gefährden dabei nicht nur das Geld ihrer Investoren. Sie untergraben das wichtigste Projekt des 21. Jahrhunderts: den ökologischen Umbau der Marktwirtschaft.

Bloomberg-Analysten glauben, dass schon 2025 jeder dritte Dollar in nachhaltigen Geldanlagen stecken wird. Umfragen der Schweizer Bank UBS zeigen, dass für bis zu 70 Prozent der Privatanleger nachhaltige Investments wichtig sind. Allein das europäische Wealthmanagement der UBS hat im ersten Quartal 2021 eine Rekordsumme von neun Milliarden US-Dollar in nachhaltige Anlagen investiert.

UBS-Europachefin Christl Novakovic weiß um die Tücken des grünen Booms. "Mir ist aktuell kein börsennotiertes Unternehmen bekannt, dessen Wertschöpfung bereits heute zu hundert Prozent nachhaltig ist", sagt die Bankerin und warnt: "Es sind zu viele Anbieter unterwegs, die sich nur einen grünen Anstrich geben" (siehe Interview auf Seite 48).

Die Ökofalle lauert auf zwei Ebenen. Da ist zum einen die Welt der Investmentfonds, die behaupten, ihr Geld in besonders nachhaltig geführte Unternehmen zu investieren. Doch oft sind die Kriterien für Nachhaltigkeit im Kleingedruckten derart schwammig formuliert, dass sich die Aktienpositionen dieser vermeintlichen Ökofonds kaum von denen konventionell geführter Fonds unterscheiden. Die Anleger verlieren deshalb zwar nicht gleich ihr Kapital, aber sie tun mit ihrem Ersparten weit weniger für die Umwelt oder für faire Arbeitsbedingungen, als sie sich weismachen lassen (siehe Seite 47).

Die andere Ebene der Ökofalle, um die es hier vor allem gehen soll, lauert auf dem sogenannten grauen Kapitalmarkt. Mit dem Versprechen von Toprenditen bei gutem grünem Gewissen lassen sich Unsummen einwerben - und die geblendeten Anleger können oft von Glück sagen, wenn sie ihr Geld jemals wiedersehen. Im Angebot sind "grüne" Unternehmensbeteiligungen, Genussrechte, Namensschuldverschreibungen und Darlehen aller Art. Laut dem

Branchenexperten Stefan Loipfinger haben Anleger allein im vergangenen Jahr 700 Millionen Euro auf dem deutschen grauen Kapitalmarkt investiert. Wie viel davon auf grüne Investments entfällt, ist nicht bekannt. Wohl aber, wie die Mechanismen hinter diesen Geschäften aussehen. Anhand von vier Beispielfällen zeigt das Handelsblatt, welche Fallen auf dem grau-grünen Kapitalmarkt lauern. Wie Privatanleger diese Fallen vermeiden und ohne Reue grün investieren können, lesen Sie auf Seite 51.

1Thomas Lloyd - "So schlecht ging es mir noch nie" "Unsere Triebfeder ist es, in jedem Projekt, in jedem Anlageprodukt und generell als Basis unseres Handelns Ökologie und Ökonomie zu vereinen." Quelle: Thomas-Lloyd-Webseite Zum Auftakt musste es gleich Bill Clinton sein. Als das Öko-Investmenthaus Thomas Lloyd im Januar 2014 seinen Cleantech-Kongress in Frankfurt abhielt, schaltete das Unternehmen als Keynote-Speaker den ehemaligen US-Präsidenten in die Messehalle. Mehr als 3000 Gäste aus Politik, Wirtschaft und dem Finanzsektor verfolgten die Veranstaltung.

Der Name Thomas Lloyd klingt hanseatisch solide, erinnert an die traditionsreiche Reederei Hapag-Lloyd. Die Homepage von Thomas Lloyd zeigt Visionen einer besseren Welt: blau schimmernde Solarkraftwerke im grünen Urwald, moderne Biomasseanlagen am Meer, glückliche indische Schulkinder und dankbare philippinische Krankenschwestern.

Das Unternehmen, gegründet 2003, investiert vor allem in die Energiegewinnung aus Sonnenlicht und Biomasse. Die Thomas-Lloyd-Stiftung rüstet parallel dazu Schulen aus, spendet medizinische Schutzkleidung an Corona-Stationen.

Die guten Werke kosten viel Geld. Eingeworben wird es in Deutschland - von Männern wie Ralf Reig*. Er ist der "Maximierer", so nennt er sich selbst. Als Anlageberater sei seine vornehmste Aufgabe, das Geld seiner Kunden zu maximieren. Dazu müssen sie es Reig natürlich erst mal geben.

Er sei "ehrlich zu seinen Kunden", schreibt der Maximierer auf seiner Webseite, auch wenn es "manchmal wehtut". Die Methode zur maximalen Geldvermehrung sei das "Megatrendinvest". Wer Einzelheiten wissen möchte, muss an einem "Webinar" teilnehmen.

Reig zeichnet in diesem Webinar ein finsteres Bild der Finanzwelt. Die Inflation fresse die Rücklagen der Deutschen auf. Der Sparer sei der Dumme. Doch der Maximierer hat die Lösung. Er kenne da einen Anbieter, der den Rendite-Dreiklang meistere: wirtschaftlich, sozial, ökologisch. Der Name? Thomas Lloyd.

Bis zu zwölf Prozent Gewinn im Jahr seien möglich, erzählt Reig. Risiken seien "nach bestem Wissen und Gewissen" abgesichert. Es ist das klassische Versprechen auf dem grauen Kapitalmarkt: hohe Renditen, niedriges Risiko. Aber diesmal angereichert mit dem verführerischen Odeur der Weltverbesserung. Die Stiftung Warentest führt Thomas Lloyd auf ihrer Liste unseriöser Anbieter. Reig entgegnet, es gebe 60.000 zufriedene Anleger.

Zu denen gehört Bernd Schmidt nicht. Als der 72-Jährige dem Handelsblatt seine Erfahrung mit dem Maximierer schildert, sitzt der Rentner in einem Wirtshaus in einem Vorort von Berlin. Vor zwei Jahren legte er 40.000 Euro bei Thomas Lloyd an - im Fonds CTI 5 D. Heute sagt Schmidt: "Das war die schlechteste Entscheidung meines Lebens."

Der gelernte Ingenieur unterrichtete in den 1980ern afghanische Delegationen in der DDR. Nach der Wende verkaufte Schmidt Versicherungen, gab als Freiberufler EDV-Kurse. Seine Rente ist schmal. Um im Alter einigermaßen über die Runden zu kommen, verkaufte er ein Familiengrundstück. Einen guten Teil vom Erlös investierte er bei Thomas Lloyd.

Schmidt fingert mühsam Papiere aus einer Klarsichtfolie. Sie beschreiben seine ursprüngliche Kalkulation: 1060 Euro Rente plus 240 Euro als monatliche Ausschüttung von Thomas Lloyd. "Damit käme ich gerade so über die Runden", sagt Schmidt. Aber es kam anders.

Mitte 2020 verzögerten sich plötzlich die Auszahlungen bei Thomas Lloyd, dann floss das Geld nur noch einmal pro Quartal. Seit April 2021 gibt es keine Auszahlungen mehr. Schmidt: "Ich bin schon nach dem Dritten des Monats im Dispo und komme da kaum noch raus."

Anleger von Thomas Lloyd haben in geschlossene Fonds investiert, die anders als Aktien oder klassische Investmentfonds nicht an der Börse gehandelt werden. Verkäufer wie Ralf Reig überzeugten ihre Kunden, als Kommanditisten in die Fonds des Öko-Anbieters einzusteigen. Damit tragen sie das unternehmerische Risiko. Im schlimmsten Fall könnten sie alles verlieren. Einen Ausstieg vor Ende der Projekte sehen die Verträge nicht vor.

Im März erhielt Schmidt ein Schreiben. Thomas Lloyd erklärte darin die "zeitlich begrenzte" Verschiebung der unterjährigen Vorabausschüttungen. Es gebe zwar eine "belegte, fundamentale wirtschaftliche Stabilität des Projektportfolios". Dem entgegen stehe allerdings, dass der "übliche Prozess der Liquiditätsgenerierung durch Rückflüsse aus Re- und Zwischenfinanzierungen" gestört sei. Grund seien die Corona-Pandemie und die daraus resultierenden "zunehmenden personellen, technischen und administrativen Einschränkungen".

"Gestelzte Phrasen" nennt Schmidt diese Sätze. Die Schreiben von Thomas Lloyd erinnerten ihn an die Propaganda in der DDR. Er glaube dem Fondshaus kein Wort mehr.

Thomas Lloyd betont, man strebe "selbstverständlich" eine Wiederaufnahme der regelmäßigen Ausschüttungen an. Je nach Entwicklung des Marktumfeldes könne dies 2022 oder 2023 so weit sein. Wie hoch das Volumen der aufgeschobenen Ausschüttungen ist, teilte Thomas Lloyd nicht mit. Sie blieben in "voller Höhe" erhalten und sollen frühestens im vierten

Quartal 2021 nachgeholt werden.

Zufall oder nicht: Die Zahlungen stoppten, kurz nachdem Thomas Lloyd die Fonds geschlossen hatte. Mit seinen "unterjährigen Vorabausschüttungen" hatte Thomas Lloyd Tausende von Kunden angelockt. In dem Moment, in dem der Verkauf endet, braucht man auch keine Verkaufsargumente mehr.

Kritiker wie Stefan Loipfinger glauben, dass Corona nur eine Ausrede ist. "Bislang sehe ich jenseits der vollmundigen Versprechen keine Nachweise der geplanten Traumprofite", sagt der Branchenkenner aus Rosenheim, der die "Investmentcheck.community" betreibt. In dem Forum sammelt er Informationen über Anbieter wie Thomas Lloyd.

Loipfinger verweist auf die komplizierte Struktur von Thomas Lloyd. Die Fondsgesellschaften, in die Anleger investieren, reichen das Kapital in Form stiller Beteiligungen weiter. Aber nicht an Biokraftwerke oder Baufirmen in Asien, sondern an eine Dachgesellschaft - die Thomas Lloyd Cleantech Infrastructure Holding. Diese verwaltet ein dreistelliges Millionenvermögen und investiert in die angeblich lukrativen Projekte in Asien. Von dort aus müssten die Gewinne über die Holding zurück in die Fonds ließen.

Sie tröpfeln aber nur. Laut Bilanz verzeichnete die Holding 2019 - dem Jahr vor Corona - ein Ergebnis nach Steuern von knapp fünf Millionen Euro. Bezogen auf das eingesetzte Anlegerkapital betrug die Rendite also rund ein Prozent.

Das passt nicht zu den Ankündigungen, mit denen der "Maximierer" Anleger wie Bernd Schmidt umwarb. Der Rentner hat eine Musterrechnung aufbewahrt. Sie prognostizierte ihm zehn Prozent Rendite. Dass es auch weniger werden könnte und dem 72-Jährigen sogar ein Totalverlustrisiko droht, steht auf einer Extraseite - dicht bedruckt, in kleiner Schrift.

"Erst wenn die Beteiligung beendet und abgerechnet ist, kann die Rendite des Anlegers berechnet werden", schreibt das Unternehmen auf Anfrage des Handelsblatts.

Kerstin Kondert vom Aktionsbund Aktiver Anlegerschutz rechnete alarmierende Zahlen für die Fonds aus: Von 612 Millionen Euro, die 28.000 Anleger eingezahlt hätten, seien nur 478 Millionen Euro in der Holding gelandet. Von dort wiederum floss zwar Kapital zurück in die Fonds, sagt Kondert. "Aber die bisherigen Ausschüttungen wurden kaum aus Gewinnen gezahlt, sondern ganz überwiegend aus Eigenkapital." Thomas Lloyd bestreitet das nicht. Es handele sich bei den Zahlungen um "gewinnunabhängige Ausschüttungen Entnahmen", die aus dem Kapital erfolgen könnten.

Auch dies wäre ein Klassiker unter unseriösen Anbietern auf dem grauen Markt. Die eingeworbenen Gelder werden nicht in die beworbenen Projekte gesteckt, sondern scheibchenweise an Bestandskunden zurückgegeben. Diese erzählen Freunden von dem "renditestarken" Investment, das sie gefunden haben. Mit deren Geld geht das Spiel weiter. Solange es läuft, sind alle zufrieden. In dieser Zeit genehmigen sich die Hintermänner des Systems großzügige Gehälter, Dienstwagen und Boni aller Art. Manchmal auch Kredite. Folgen keine neuen Kunden mehr nach, bricht das System zusammen.

Bei den Thomas-Lloyd-Fonds, sagt Kondert, seien Ende 2019 noch 327 Millionen von den eingesammelten 612 Millionen übrig gewesen. War das Renditeversprechen mit zehn Prozent ohnehin schon ambitioniert, müsste es nun mit wenig mehr als der Hälfte des eingeworbenen Kapitals erzielt werden.

Diese Rechnung sei falsch, schreibt Thomas Lloyd auf Handelsblatt-Anfrage. In der Bilanz der Holding seien "Aufwertungspotenziale" nicht berücksichtigt. Diese könnten durch Baufortschritte oder Synergieeffekte entstehen. Realisiert würden sie erst beim "Exit" oder einem Verkauf der Anlagen. Gleichzeitig räumt das Emissionshaus ein, dass es sich dabei um "rechnerisch ermittelte und noch nicht realisierte" Werte handle. Der Zeitpunkt und die Höhe der Realisierung seien "ungewiss und zudem nicht garantiert".

Wenn das Renditeversprechen nur hoch genug ist, schauen viele Anleger nicht mehr so genau hin. In Kurzform lautet das Muster, das viele Anlegerskandale erst möglich macht: Gier frisst Hirn. Branchenkenner beobachten seit Jahren, wie speziell die Verkäufer angeblich grüner Investitionen immer professioneller werden. Und wie skrupellos sie das Öko-Etikett vermarkten.

Das hat womöglich nicht nur für die Anleger bittere Folgen. "Der grüne Boom ist gut, denn wir brauchen viel privates Kapital für die Klimawende", sagt Magdalena Senn von der Verbraucherschutzorganisation Finanzwende. Sie fürchtet, grüne Pfuscher könnten die Reputation der erneuerbaren Energien nachhaltig beschädigen. Senn: "Wenn Anleger sich mit grünen Investments die Finger verbrennen, kommen sie nie wieder."

Die Fäden von Thomas Lloyd laufen in der Schweiz zusammen. Wie aus Handelsregistern in London und Singapur hervorgeht, liegt die wirtschaftliche Kontrolle und damit die Entscheidungsmacht beim Unternehmensgründer Thomas Ulf Michael Sieg. Der 43 Jahre alte Deutsche, der sich "T.U. Michael Sieg" nennen lässt, lebt am Westufer des Zürichsees. In dieser Gegend hat auch Europachef Matthias Klein seinen Wohnsitz.

Im Emsland werden beide Wahlschweizer selten gesehen. Dabei hat Thomas Lloyd seine Fonds im niedersächsischen Langen angemeldet, einer Gemeinde mit 1400 Einwohnern. Schräg gegenüber der Kirche, auf Höhe der Raucherecke der örtlichen Volksbank, ragt ein silberner Briefkasten aus einem struppigen Rhododendron-Busch. Das weiße Schild unter dem Briefschlitz zählt die Namen von neun Firmen auf. Sie alle gehören zur Thomas-Lloyd-Gruppe.

Im Vorraum der Bank ist eine Glastür mit Folie abgeklebt. Dahinter soll das Büro der Fonds liegen, die mehr als eine halbe

Milliarde Euro Anlegergeld verwalten. Als das Handelsblatt Ende Juli anklopft, öffnet niemand. Nebenan in der Volksbank erzählt eine Mitarbeiterin, eine Frau aus dem Ort kümmere sich um den Briefkasten. Sie sei gerade im Urlaub.

Der Name Michael Sieg sagt hier niemandem etwas. Das mag an der Struktur liegen, die er für seine Firmengruppe gewählt hat. Sieg ist der einzige Anteilsinhaber einer Gesellschaft namens MNA Capital Pte Ltd. Ihr Sitz ist in Singapur, das Stammkapital beträgt einen Singapur-Dollar, umgerechnet 63 Cent. Die MNA wiederum hält die Mehrheitsanteile der Londoner Muttergesellschaften von Thomas Lloyd.

An der Themse teilt sich der Konzern in zwei Säulen. Unter der Thomas Lloyd Holdings Ltd. sind überwiegend Anlagevehikel angeordnet, die das Anlegergeld einsammeln und ausschütten. Parallel dazu managen die Thomas Lloyd Group Ltd. und ihre Töchter das Anlagevermögen des Konzerns, also das operative Geschäft in Asien.

Die Profite sind ungleich verteilt. Während auf Fondsseite die Ausschüttungen pausierten, flossen kurz vor der Coronakrise noch Millionen an die Vermögensverwaltungssparte: 2019 kassierte die Thomas Lloyd Group Ltd. Gebühren von 75 Millionen Euro, unter dem Strich blieb ein Gewinn von 7,8 Millionen Euro.

Wer durch die Bilanz blättert, stößt auf "Kredite und Forderungen" von 56,4 Millionen Euro, die die Gesellschaft an Siegs Ein-Dollar-Firma MNA in Singapur ausreichte. Thomas Lloyd teilt dazu mit, dass es sich nicht um ein Darlehen handele. Die MNA habe bei der Verschmelzung dreier Tochterunternehmen Verbindlichkeiten übernommen, die sich über die Jahre angesammelt hätten. Die Konditionen seien "marktüblich".

Anlegerschützer fürchten, das ganze Thomas-Lloyd-Konstrukt diene nur einem Zweck: Geld der Investoren umzuleiten in die Taschen von Sieg und seiner Mannschaft. "Heute spielt es für Thomas Lloyd und den Chef kaum eine Rolle, ob die Fonds weiter ausschütten oder irgendwann sogar pleitegehen", sagt Graumarkt-Expertin Kondert. "Sie haben ja in der Vergangenheit schon Millionen mit den Gebühren verdient."

Thomas Lloyd bezeichnet diese Darstellung als "bösartige Unterstellung". Die Anlegerinteressen seien seitens Thomas Lloyd zu jedem Zeitpunkt seit Gründung des Unternehmens immer vor die Interessen der Aktionäre gestellt worden.

Anleger Schmidt mag dies nicht glauben. "Das gegenwärtige Verhalten von Thomas Lloyd halte ich nicht bis an mein Lebensende aus", schrieb der Rentner an das Fondshaus. "Das zerstört Vertrauen und schadet meiner Gesundheit."

Dem selbst ernannten Maximierer Ralf Reig, der Schmidt die Fondsanteile vermittelte, schrieb Schmidt, wie sich die ausbleibenden Ausschüttungen auf sein Leben auswirken: "So schlecht ging es mir noch nie." Reig teilte auf Anfrage mit, er habe sich nichts vorzuwerfen: "Die Risiken wurden exakt so beschrieben wie im Prospekt aufgeführt."

Thomas Lloyd reagierte weniger gelassen. Man habe Reig abgemahnt, Namen und Produkte in "seinen eigenen Präsentationsunterlagen" nicht mehr zu verwenden. Einseitige Kundenwerbung werde nicht toleriert. Reigs Webinar ging offline.

Schmidt will nun das Fondshaus und Finanzmakler Reig auf Schadensersatz verklagen. Sein Anwalt, der Berliner Jurist Christian Röhlke, sagt: "Ich bin der Meinung, dass Thomas Lloyd mit seinen Werbematerialen eine grüne Fassade aufgebaut hat, um hohe Gebühren zu kassieren." Thomas Lloyd hingegen bezeichnet seine Nettokosten für die Emission der Fonds - immerhin knapp 15 Prozent - als "marktüblich".

2Umwelt-Direkt-Invest - Insolvenzverwalter statt Öko-Rendite "Für uns sind Investitionen in ökologisch sinnvolle und qualitativ hochwertige Geldanlagen im Vergleich zu konventionellen Finanzprodukten die langfristig bessere Alternative." Quelle: UDI-Werbung Was passiert, wenn die grüne Fassade fällt? Diese Erfahrung machen derzeit die Investoren der UDI-Gruppe. Sie wurde 1998 in Nürnberg gegründet. Die Buchstaben stehen für Umwelt-Direkt-Invest. Die Gruppe spezialisierte sich auf Windkraft- und Solarprojekte sowie Biogasanlagen, viele davon in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Brandenburg. UDI versprach saubere Elektrizität als Alternative zu braunem Strom oder Putin-Gas.

Knapp 20.000 Anleger investierten bei der UDI-Gruppe insgesamt 600 Millionen Euro. Diese Angaben stehen in der Pressemitteilung von Jürgen Wallner. Er ist Insolvenzverwalter und hat bei acht UDI-Gesellschaften das Kommando übernommen. Die Krise der UDI-Gruppe lässt sich in Sachsen-Anhalt besichtigen, wo aus Gülle Energie werden sollte. Doch im UDI-Werk in Barleben, wo es eigentlich unter prallen Kuppeln gären müsste, hängen die Abdeckplanen schlaff auf den Tanks. Anleger müssen keine Energieexperten sein, um zu verstehen, was das bedeutet: kein Betrieb, keine Renditen.

Von 2011 bis 2018 emittierte UDI Nachrangdarlehen im dreistelligen Millionenbereich. Die Anleger gaben den UDI-Tochtergesellschaften also einen Kredit und erwarteten dafür Zinsen und schließlich eine Rückzahlung des Kapitals. Solche Nachrangdarlehen sind mit hohem Risiko verbunden. Im Insolvenzfall werden die Geldgeber nach allen anderen Gläubigern befriedigt.

UDI taufte sein Nachrangprodukt auf den Namen "Festzins". Das klang nach Festgeld und Sicherheit, nicht nach Risiko. Anfang des Jahres erhielt UDI Post von der Bundesfinanzaufsicht Bafin: Die Behörde ordnete an, die Nachrangdarlehen rückabzuwickeln - also das investierte Anlegergeld zurückzuzahlen. Grund: Der Bundesgerichtshof habe die Anforderungen an Nachrangdarlehen verschäfft.

UDI schrieb den Anlegern, die Rückzahlung der Gelder sei "akut ausfallgefährdet". Dann kippten die Gesellschaften um wie

Dominosteine. Bis zu 100 Millionen Euro der Investoren stehen laut UDI im Feuer. Niemand weiß, wie viel Geld die 7000 betroffenen Anleger wiedersehen werden.

Offenbar schlingerten viele UDI-Gesellschaften schon seit Langem. Im Oktober 2020 wechselten sie überraschend den Besitzer. Der neue Chef, ein Mann namens Rainer Langnickel, bot den Anlegern einen Schuldenschnitt von bis zu 87 Prozent an. Er wollte das Unternehmen mit einer Insolvenz in Eigenverwaltung sanieren.

Langnickel war keine naheliegende Wahl für diese Aufgabe. Sein Lebenslauf weist ihn zwar als Sanierer und Abwickler aus dies aber für Stahlwerke und Gießereien. Nicht alle, die ihm dabei begegneten, haben eine hohe Meinung von dem 53-Jährigen. Ein Insolvenzverwalter nennt Langnickel einen "Abenteurer", andere bezeichnen ihn als "Firmenbestatter".

Er selbst betont seine "langjährige Expertise in der Unternehmensoptimierung". Dazu gehört auch Erfahrung mit der Justiz. Einen Strafbefehl wegen "fahrlässiger Insolvenzverschleppung" bei den Schwäbischen Hüttenwerken in Königsbronn tut Langnickel ab als "kaufmännische Regulierung".

Bei UDI machte die Finanzaufsicht Bafin Langnickels Plänen einen Strich durch seine Rechnung: "Findet keine Abwicklung, sondern ein Weiterbetrieb durch die Schuldnerin statt, ist der Weiterbetrieb illegal", schrieb die Aufsichtsbehörde im Juni an das Insolvenzgericht in Leipzig.

Anlegeranwältin Susanne Schmidt-Morsbach aus der Berliner Kanzlei Schirp & Partner will die Verantwortlichen für das "illegale Einlagensystem" auf Schadensersatz verklagen. Sie sagt: "Eine Eigenverwaltung hätte die Rückabwicklung der Bafin unterwandert."

Langnickel hingegen ist mit seiner Leistung ganz zufrieden: "Aufgrund der bereits erreichten wichtigen Sanierungsziele haben wir uns dazu entschlossen, mit der Eröffnung der Insolvenzverfahren den Antrag auf Eigenverwaltung zurückzunehmen", schrieb er in einer Pressemitteilung. Das Bafin-Veto erwähnte er nicht.

Tatsächlich könnte Langnickel am Ende triumphieren. Er kontrolliert viele Projektgesellschaften, in die das Geld der UDI-Anleger weiter floss. Sie sind nicht pleite, Insolvenzverwalter Wallner hat hier keinen Zugriff. Will er diese Gelder sichern, braucht er einen Kompromiss mit Langnickel. Unterdessen beschäftigt der Fall UDI immer mehr Juristen. Staatsanwälte aus Nürnberg ermitteln gegen zwei ehemalige Manager der Gruppe, ihre Kollegen aus Chemnitz haben beim Amtsgericht um Akteneinsicht gebeten.

Nicht nur bei grünen Investments gilt in der Regel: Kleinanleger sind die schwächsten Akteure am Finanzmarkt. Institutionelle Investoren haben ganz andere Ressourcen, Investments zu prüfen. Bei ökologischen Anlageformen allerdings stecken auch die Großen in einem Dilemma. Die Nachfrage nach solchen Projekten steigt schneller als die Zahl der seriösen Anbieter. Viele institutionelle Investoren haben gewaltigen Anlagedruck, weil sie ihre Geschäfte ökologischer ausrichten wollen oder müssen. Diese Gemengelage führt dazu, dass sogar Großkonzerne in die Ökofalle tappen, wie ein Prozess in Norddeutschland zeigt.

3Hendrik Holt - Windpark-Hasardeur vor Gericht "Wir möchten unseren Beitrag leisten, damit die Erhaltung der Schöpfung für die kommenden Generationen gelingt und auch aus wirtschaftlicher Sicht ein Erfolg wird." Quelle: E-Mail von Hendrik Holt an den Energie-Staatssekretär Thomas Bareiß (CDU) Von der Fassade der Grandezza, die Hendrik Holt um sich aufgebaut hatte, ist nur noch das Einstecktuch übrig. Selbst als Justizbeamte ihn vor zwei Wochen in Osnabrück in Handschellen auf die Anklagebank führten, mochte sich der 31-Jährige aus dem emsländischen Haselünne nicht von dem Tüchlein trennen. Sein Markenzeichen saß tadellos im Jackett, während der Staatsanwalt vortrug: Holt habe die Energiewirtschaft genarrt. Nicht gutgläubige Kleinanleger, sondern Großkonzerne aus ganz Europa. Holt sei die Hauptfigur im wohl größten Betrugsversuch, den die Windkraftbranche je erlebt hat.

Zu den Opfern im "Verfahrenskomplex Windpark" gehören Tschechiens staatlicher Energiekonzern CEZ, der schottische Versorger SSE und der italienische Energieriese Enel. Den Schaden beziffern Ermittler auf mehr als zehn Millionen Euro. Der Angeklagte soll den Unternehmen Ökoprojekte verkauft haben, die gar nicht existierten.

Holt war keine 30 Jahre alt, als er in die Ökobranche einstieg. Der Emsländer präsentierte sich als erfolgreicher Jungunternehmer. Er trug Rolex, fuhr Bentley Mulsanne und ließ sich in Meldungen zu angeblichen Windkraftprojekten in Andorra und Simbabwe mit einem falschen Doktortitel zitieren.

Ehemalige Weggefährten sagen, Holt und sein Finanzdirektor Heinz L. hätten ein skurriles Duo abgegeben. Holt gab sich demnach weltmännisch und fing die Menschen mit seiner Eloquenz ein, der ehemalige Banker Heinz L. suggerierte derweil Seriosität. Gemeinsam seien sie durch Europa gereist und hätten von großen Projekten erzählt, die sie auf den Flächen befreundeter Landwirte realisieren würden. Angeblich, so schilderte es Holt, umspannten seine Projekte ein Investitionsvolumen von rund zwei Milliarden Euro.

Noch wichtiger als Holts Auftreten waren die Verbindungen, mit denen er sich schmückte. Der Emsländer traf sich im Dezember 2019 mit Energie-Staatssekretär Thomas Bareiß (CDU). Im Februar 2020 warb Holt als Sponsor der Münchner Sicherheitskonferenz für sich und seine Projekte. An einem Lunch-Event, das Holt im Hotel Bayerischer Hof ausrichtete, nahm unter anderem EU-Energiekommissarin Kadri Simson teil.

Holts wichtigster Coup war ein Projekt der Firma Vortex in der Nähe von Kassel, an dem seine Holding mitarbeitete und das später vom Energiekonzern Eon übernommen wurde. Ehemalige Geschäftspartner sagen heute, dass Holts weiterer Erfolg

ohne den Vortex-Deal nicht möglich gewesen wäre. "Durch den Namen Eon hatte er einen Vertrauensvorschuss. Wir sind ja davon ausgegangen, dass deren Berater alle Projekte geprüft haben", sagt ein Berater, den Holt nie für seine Arbeit bezahlte.

Konzerne in aller Welt jagten nach Flächen und Genehmigungen für Windparks. Holt, so schien es, konnte sie besorgen. Die Unternehmen überwiesen Anzahlungen in Millionenhöhe. Der Jungunternehmer wählte seine Partner dabei stets nach der Höhe des Vorschusses, nicht nach dem Volumen des Gesamtgeschäfts. Fünf Jahre lief das so. Dann entdeckte eine Gemeindemitarbeiterin ihre angebliche Unterschrift auf einem Dokument, das sie noch nie zuvor gesehen hatte. Sie alarmierte die Polizei.

Eine 20 Mann starke Ermittlungsgruppe fand daraufhin mehr als 1000 gefälschte Unterschriften auf Pachtverträgen und anderen Schreiben. Im April 2020 nahmen Polizisten Holt im Berliner Hotel Adlon fest. Zeitgleich verhafteten sie Mutter, Schwester und Bruder. Sie sollen mitgefälscht haben. Holts Finanzdirektor Heinz L. konnte sich in den Libanon absetzen. Die dortigen Behörden lieferten ihn im September 2020 aus. Heinz L. sitzt seitdem ebenso in Untersuchungshaft wie Holt. Manch ehemaliger Geschäftspartner sagt, er schäme sich dafür, auf den Felix Krull der Windbranche hereingefallen zu sein.

Ein Anwalt, der ein Unternehmen beriet, das mit Holt Geschäfte machte, gibt der "Gier nach den Flächen" im vermeintlichen Besitz des Emsländers die Schuld: "Der Markt war schon damals überhitzt, und viele Konzerne waren bei den erneuerbaren Energien spät dran. Die hatten das Gefühl, möglichst schnell zugreifen zu müssen, wenn sich eine Chance auftut." Holt habe "mit seinem Gelaber" den Anschein erweckt, dass die richtigen Dokumente vorlagen, und niemand habe Fragen gestellt. Dabei hätte ein Anruf beim Bauern, der angeblich sein Feld verpachten wollte, ausgereicht, um die Masche auffliegen zu lassen.

Auch für die Profis am Finanzmarkt gilt also, was Anlegerschützer Kleininvestoren bei der Suche nach nachhaltigen Investments empfehlen: Vorsicht, Umsicht, genaue Prüfung.

4Carsten Rodbertus - die Rückkehr des Veteranen "Unsere Solarprojekte sind klimapolitisch gewollt, ermöglichen unseren Kindern eine lebenswerte Zukunft und produzieren den Strom konkurrenzfähig zu Kohle- und Atomkraftwerken." Quelle: Brief der Firma Somikon Carsten Rodbertus fuhr nie Bentley. Zu Geschäftsterminen reiste der Gründer von Prokon in seinem Dacia an. Langjährige Weggefährten glauben Rodbertus, dass er mit guten Absichten und viel Idealismus startete. Das Management eines Konzerns und der Umgang mit Milliarden von Anlegergeld hätten Rodbertus aber überfordert. Im Juni 2020 verurteilte ihn das Amtsgericht Itzehoe wegen Steuerhinterziehung bei Prokon zu zehn Monaten Haft auf Bewährung, der Strafbefehl ist rechtskräftig. Rodbertus: "Um einen jahrelangen Prozess zu vermeiden und allen einen gesichtswahrenden Abschluss zu ermöglichen, habe ich einer Verurteilung zugestimmt."

Die Vorstrafe hält Rodbertus nicht davon ab, es nun noch einmal zu versuchen. Bewarb er als Prokon-Chef einst Windenergie, so macht er nun in Solar. Zwar scheint die Sonne in Deutschland im Jahresschnitt viel weniger als in Frankreich, Italien oder Spanien. Dafür sind die Widerstände gegen Solarparks geringer als gegen Windräder.

Rodbertus' Versprechen fallen auf fruchtbaren Boden: Der Bürgermeister von Calvörde jedenfalls scheint offen für das neue Projekt des Ökopleitiers. In der Einladung zur Bürgerversammlung schreibt Volkmar Schliephake (CDU): "Die Klimakatastrophe greift schlimmer in jedes Landschaftsbild ein als eine Solaranlage, versteckt hinter Büschen, es je tun könnte."

Rodbertus träumt bei seinem Auftritt vor dem Calvörder Gemeindezentrum schon laut von der Gewerbesteuer und den Jobs, die seine Solarparks bringen. In zehn Jahren, so steht es in einem Konzept, könnte Somikon rund 400 Fußballfelder Ackerland mit Solarpaneelen ausrüsten. Rodbertus erwähnt kostenlosen Strom für alle Einwohner der Gemeinde. Skeptikern droht Rodbertus damit weiterzuziehen. In Mecklenburg-Vorpommern seien schon 5000 Hektar Flächen mit ertragsarmen Böden ausgewiesen.

Rodbertus ist selbstbewusst, trotz seiner Prokon-Pleite. Auf den Fluren seiner neuen Firmengruppe muss er sich nicht rechtfertigen. Geführt wird Somikon in Kiel von Henning Mau, dem ehemaligen zweiten Geschäftsführer von Prokon. Und wenn ihr Firmenname sich auch geändert hat, so wirken die neuen Vorwürfe gegen das Duo doch unangenehm vertraut.

Im Januar fischten Anwohner unterschriftsfertige Pachtverträge aus ihren Briefkästen. Somikon schrieb dazu, dass die Gemeinde Calvörde einem Konzept mit circa 350 Hektar zugestimmt habe. Aber es stimmte nicht. Das Unternehmen entschuldigte sich später per Brief für die "Ungenauigkeit" bei der Formulierung. Rodbertus sagt, dass es "keine Verfehlungen von Somikon beziehungsweise mir als Projektentwickler gab".

Angaben zu Umsatz und Gewinn macht Somikon nicht. "Eine Ansprache von Privatanlegern findet definitiv nicht statt", erklärt Rodbertus dem Handelsblatt. Seine neue Firma wolle sich stattdessen an finanzkräftige Interessenten wenden. Hat Somikon seine Projekte erst einmal entwickelt, will das Unternehmen sie verkaufen - an Energieversorger, Versicherungen und Banken.

Die Chancen stehen gut, dass er Abnehmer finden wird. Die Kombination aus grün und Gier ist mächtig, sehr mächtig sogar.

*Name geändert

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

700 Millionen Euro wurden 2020 am deutschen grauen Kapitalmarkt investiert.

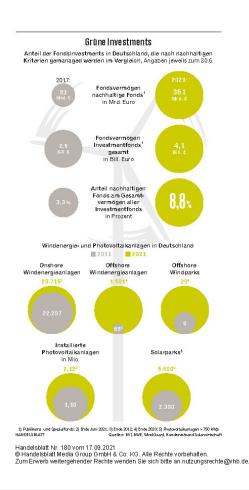
Quelle: Branchenexperte Stefan Loipfinger

"Das war die schlechteste Entscheidung meines Lebens."

Bernd Schmidt

Der Rentner über seine Investition in einen Fonds von ThomasLloyd.

Holtermann, F. Iwersen, S. Nagel, L.-M. Verfürden, M.



Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 180 vom 17.09.2021 Seite 044
Ressort:	Wochenende
Serie:	Achtung, Öko-Schwindel (Handelsblatt-Beilage)
Börsensegment:	org org dax ICB7575 stoxx org ICB8355
Dokumentnummer:	A3880A57-1476-4A57-8A36-D8E347892873

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

© OBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH